

INTERVIEW: Martin Haab spricht über seine ersten Erfahrungen im Nationalrat

«Deshalb gilt im Moment: Finger weg!»

Meisterlandwirt Martin Haab aus Mettmenstetten ZH spricht über neue Wege, um im Milchmarkt Ordnung zu schaffen. Er sagt, was er von Landschaftsqualitätsbeiträgen hält und weshalb er für ein Gentech-Moratorium einsteht.

INTERVIEW:
ADRIAN HALDIMANN

«Schweizer Bauer»: Sie sind seit gut zwei Wochen im Nationalrat. Welchen Moment, abgesehen von Ihrer Vereidigung zum Auftakt der Sommersession, werden Sie nicht mehr vergessen?

Martin Haab: Ein Highlight war die Debatte zum Zitzenverschlussverbot an Viehschauen. Ich habe spontan und unvorbereitet eine Kurzbotschaft mit einer Frage präsentiert. Das war für mich am dritten Tag im Nationalrat eine Premiere.

Weshalb waren Sie gegen ein Verbot?

Mir geht es gegen den Strich, wenn eine grüne Politikerin, die nichts von Landwirtschaft versteht und vermutlich noch nie in ihrem Leben mit Kühen gearbeitet hat, uns Landwirten vorschreiben will, wie wir mit Kühen an Ausstellungen umzugehen haben.

Auf Ihrer Homepage steht die Redewendung «Melke Kühe, nicht die Bürger». Geben Sie mir ein Beispiel, wie Sie als Nationalrat die Bürger finanziell entlasten wollen.

Viele Personen kritisieren immer wieder die Direktzahlungen in der Landwirtschaft. Ich bin der Letzte, der nach mehr Direktzahlungen schreit, und behaupte, dass in der Landwirtschaft einige Direktzahlungen für völligen Blödsinn vernichtet



Martin Haab vor dem Bundeshaus in Bern. (Bild: hal)

werden. Das Geld bliebe besser bei den Steuerzahlern oder würde in den Topf der Versorgungssicherheitsbeiträge umgeleitet.

Welche Direktzahlungsbeiträge meinen Sie?

Etwas Landschaftsqualitätsbeiträge: Hat sich etwas in der Landschaft wegen diesem Wohlfühlprogramm verändert, obschon Millionen von Franken dafür ausgegeben werden? Ich behaupte nein. Einzig die Büros für Öko- und Umweltplanung hatten und haben Hochkonjunktur.

Was wäre, wenn solche Beiträge gekürzt würden?

Das Problem ist folgendes: So-

bald über weniger Direktzahlungen diskutiert wird, ginge es in den meisten Fällen auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft. Da bin ich klar dagegen.

Als innovativer Landwirt waren Sie dem Fortschritt nie abgeneigt. Wie stehen Sie gentechnischen Verfahren wie etwa Crispr/Cas gegenüber?

Ich erachte den Nutzen solcher Verfahren in der Tierzucht und im Pflanzenbau als noch zu gering. Ich kenne die internationale Landwirtschaft und erlebte etwa in den USA die Gentechnik im Pflanzenbau hautnah mit. Trotz weniger Pflanzenschutzmitteln und grösseren Er-

trägen bei Soja oder Mais stelle ich fest, dass kein Landwirt damit mehr verdient. Mit einem Gentech-Moratorium können wir uns vom Weltmarkt abheben und dafür stehe ich ein. Fakt ist auch, dass unser Stimmvolk Gentechnik und ähnliche Verfahren nicht will. Deshalb gilt im Moment: Finger weg!

Stichwort Milchmarkt. Wie wollen Sie im Parlament für einen fairen Milchpreis kämpfen?

Mehrere Motionen und Standesinitiativen blieben in den vergangenen Jahren erfolglos. Mit ihnen wurde versucht, im Milchmarkt Ordnung zu schaffen. Das Thema Milch ist im Parlament ein sehr schwieriges Unterfangen. Wir müssen neue Wege finden.

Was meinen Sie?

Ich beobachte im Ausland links-grüne Allianzen. Solche sind auch bei uns denkbar. Vernünftige Personen und diejenigen, die aus der Vergangenheit etwas gelernt haben, erkennen, dass man die Milchmenge regulieren muss. Denn es haben alle das gleiche Problem: Es wird zu viel Milch produziert, und mit den Überschüssen werden in Drittweltländern die Märkte auch noch kaputt gemacht. Wenn wir Lösungen zugunsten von einem fairen Milchpreis finden wollen, dann müssen wir über die produzierte Milchmenge diskutieren.

Wie wollen Sie das in der Praxis umsetzen?

Die A-Milch-Menge muss für jeden Milchproduzenten ausgewiesen werden. Die Segmentierung ist auf Stufe Produzent/Erstmilchkäufer umzusetzen. Jeder hat dann die unternehmerische Freiheit zu entscheiden, ob er mehr Milch zu tieferen Preisen melken will

oder nicht. Ich bin überzeugt, dass kein Produzent wesentlich für 19 Rappen pro Kilo Milch abliefern würde.

Ist Ihr Lösungsvorschlag umsetzbar?

Wir müssen für eine Segmentierung auf Stufe Produzent/Erstmilchkäufer nicht einmal das Gesetz, sondern nur die Verordnung ändern. Wir sind seit zehn Jahren wegen tiefer Milchpreise im Elend. Deshalb müssen wir diesen unkonventionellen und schwierigen Lösungsvorschlag angehen. Eine Umsetzung ist möglich.

Bald ist die dreiwöchige Session im Bundeshaus zu Ende. Was machen Sie als Erstes, wenn Sie nach Hause kommen?

Zuerst gehe ich die frischgebornen Kälber schauen, checke den Melkroboter und schaue mir dann die Briefpost an.

MARTIN HAAB

Martin Haab, 57-jährig und Meisterlandwirt aus Mettmenstetten ZH, bewirtschaftet zusammen mit seinem Sohn Dominic einen Milchschafsbetrieb mit rund 70 Kühen der Rassen Brown Swiss und Jersey. Als Präsident der Milchbauern-Basisorganisation BIG-M ist er seit 2005 als Kämpfer für einen fairen Milchpreis bekannt. Der Milchstreik im Jahr 2008 mit dem entstandenen Rummel um seine Person war die Geburtsstunde seiner politischen Aktivität. Bei den Nationalratswahlen 2015 landete er auf dem ersten Ersatzplatz. Zu Beginn der laufenden Sommersession ersetzte er Natalie Rickli, die in den Regierungsrat gewählt worden war. hal

NACHRICHTEN

Ständerat für Landschaftsqualität

Wie sich abzeichnet hat, ist der Ständerat dagegen, die Beiträge für Landschaftsqualitätsprojekte zu streichen. Er hat eine Motion aus dem Nationalrat mit dieser Forderung einstimmig abgelehnt. SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht (AG) forderte, die Mittel zur produzierenden Landwirtschaft umzulenken. Seiner Ansicht nach werden die Bauern durch die Beiträge zu Landschaftsgärtnern degradiert. Doch der Ständerat folgte der grossen Kammer nicht. Mit diesen würden gemeinwirtschaftliche Leistungen für den Erhalt der Kulturlandschaft abgegolten, sagte Kommissionssprecher Stefan Engler (CVP, GR). «Im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 kann die Diskussion erneut geführt werden, ob die Landschaftsqualitätsbeiträge in Zukunft weiterhin ausgerichtet werden sollen», so Engler. sda/hal

Emmi kauft Molkerei in Brasilien

Emmi baut das Geschäft in Brasilien aus. Der Luzerner Milchverarbeiter erhöht die Beteiligung an der brasilianischen Laticínios Porto Alegre Indústria e Comércio. Das Unternehmen habe sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt, teilte Emmi am Dienstag mit. Laticínios Porto Alegre hat starke Marktpositionen im Bereich Naturkäse, Mozzarella und Requeijão (Friskkäse) sowie UHT-Milch, Rahm und Butter. Emmi sieht in Brasilien und in Lateinamerika insgesamt eine gute Chance, um international zu wachsen. Brasilien sei der zehntgrösste Detailhandelsmarkt der Welt und der grösste in Lateinamerika. Emmi setzt seinen Wachstumskurs im Ausland unvermindert fort. 2018 wurde erstmals mehr Umsatz im Ausland erzielt. awp/hal

Aufforstung auf Agrarland bleibt

Waldfläche, die gerodet wird, soll weiterhin auf landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgeforstet werden dürfen. Der Ständerat lehnte am Dienstag eine Motion von Erich Ettl (CVP, OW) ab. Der Wald sei in der Schweiz wieder auf dem Vormarsch, während jede Sekunde ein Quadratmeter Kulturland verloren gehe, begründete Ettl im Rat seine Motion. Seine Motion richte sich jedoch nicht gegen den Wald, sondern setze sich für eine Ausgeglichenheit zwischen Wald und Kulturland ein, versuchte Ettl die Ratskolleginnen und -kollegen zu überzeugen. Dies gelang ihm jedoch nicht. sda/hal

Kein Bericht zu Bürokratieabbau

Der Bundesrat muss nicht untersuchen, wie die Regulierungsdichte in der Landwirtschaft reduziert werden kann. Der Ständerat hat ein Postulat von Andrea Caroni (FDP, AR) mit diesem Anliegen knapp abgelehnt. Caroni forderte, dass der Bundesrat in einem Bericht aufzeigen soll, wie die Regulierungsdichte in der Landwirtschaft substantiell reduziert werden kann. Der Sektor sei im Vergleich zur übrigen Wirtschaft äusserst stark reguliert. «Über 4000 Seiten agrarpolitische Gesetze und Verordnungen schränken den unternehmerischen Freiraum des Landwirtschaftssektors massiv ein», mahnt Caroni an. sda/hal

SUISSELAB: Gutes Geschäftsjahr getrübt von Finanzkontrolle

Zwei Millionen beanstandet

Die Eidgenössische Finanzkontrolle wirft der Suissselab AG vor, 2 Millionen Franken zu viel vom Bund bezogen zu haben.

DANIEL SALZMANN

Suissselab-Geschäftsführer Daniel Gerber konnte an der Generalversammlung auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurückblicken. Die neue, eigene Logistik funktioniert, das Team mit 76 Mitarbeitern erfüllte die milchanalytischen Aufgaben mit hoher Servicequalität, ein grosses Umbauprojekt wurde vorangetrieben, und der Jahresgewinn betrug gut 84000 Franken. Doch bevor die Rechnung genehmigt werden konnte, musste Suissselab-Präsident Markus Gerber ein «wesentliches Ereignis» nach Obligationenrecht bekannt geben. Dieses hatte es in sich: Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) wirft Suissselab vor, 2016 und 2017 rund 2 Millionen Franken zu viel an Subventionen bezogen zu haben. Zu viele Kosten seien auf die öffentlich-rechtliche Milchprüfung umgelegt worden.

Suissselab verteidigt sich

Der Bericht der EFK wird erst im Sommer publiziert. Suissselab hat sich aber entschieden, über die Vorwürfe offensiv und von



Suissselab-Geschäftsführer Daniel Gerber (links) und Suissselab-Präsident Markus Gerber. (Bild: Daniel Salzmann)

sich aus zu informieren. Die Firma weist den Vorwurf der EFK entschieden zurück. «Wir haben stets nach Treu und Glauben abgerechnet, wir haben unseren Abschluss immer transparent dargestellt in den jährlichen Rechenschaftsberichten an den Bund, ohne dass diese beanstandet wurden», so Gerber vor den Aktionären. Man habe einen gültigen Vertrag mit der Milchprüfungskommission, der einen Fixpreis pro Milchprüfung enthalte. Suissselab habe kein Interesse, zusätzliche Subventionen zu holen. In der Medienmitteilung wird betont, dass Suissselab von 2013 bis 2018 die Kosten für die Milchprüfung um rund 1,4 Millionen Franken reduziert habe.

Mehrkosten drohen

Laut Medienmitteilung der Suissselab «steht eine mögliche

Rückforderung von Subventionen im Raum». Sollten sogar total 2 Millionen Franken zurückgefordert werden, würde dies Suissselab finanziell empfindlich treffen. Denn das Eigenkapital betrug per Ende 2018 knapp 2,6 Millionen Franken. Vom Aktienkapital von 1 Million Franken werden 90% von den drei Zuchtverbänden Swissherdbook, Braunvieh Schweiz und Holstein Switzerland gehalten. Die Unterstützung der Milchprüfung durch den Bund ist politisch umstritten. Der Bundesrat wollte die gut 3 Millionen Franken pro Jahr streichen. Das Parlament wendete dies im Dezember 2017 ab, im Ständerat wurde es dabei aber ganz knapp. Damals hiess es, dass eine Streichung der 3 Millionen dem durchschnittlichen Milchproduzenten Mehrkosten von 150 Franken beschert hätte.

TRINKWASSER-INITIATIVE

Nationalrat entscheidet über Gegenvorschlag

Am Mittwoch berät der Nationalrat die Trinkwasser- und die Anti-Pestizid-Initiative und Anträge zu Gegenvorschlägen.

DANIEL SALZMANN

Die beiden Initiativen selbst dürften vom Nationalrat klar abgelehnt werden, weil sie vielen zu weit gehen. Die Mehrheit der vorberatenden Wirtschaftskommission (WAK) empfiehlt ein Nein, eine Minderheit mit Regula Rytz (Grüne, BE) beantragt allerdings ein Ja. Im Zentrum steht die Frage, ob es einen Gegenvorschlag geben soll. Eine rot-grüne Minderheit, angeführt von Beat Jans (SP, BS) will, dass die Trinkwasser-Initiative an die WAK zurückgewiesen wird mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Im Antrag vorgegeben ist, dass das Ziel des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel, die Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 zu halbieren, ins Gesetz kommt.

Jans und Bertschy

Ferner sollen mit einem indirekten Gegenvorschlag Gewässer, Nichtzielorganismen und Böden vor nachteiligen Einwir-

kungen durch PSM geschützt und der Fremdstoffeintrag (Nitrat, Pestizide etc.) in das Grundwasser deutlich gesenkt werden. Zusätzlich liegen Anträge zu zwei direkten Gegenvorschlägen, also solchen auf Verfassungsstufe, vor. Der erste Antrag von Beat Jans (SP, BS) will Direktzahlungen für Betriebe reservieren, die «grundsätzlich auf synthetische Pflanzenschutzmittel verzichten und einen Tierbestand halten, der mit regional produziertem Futter ernährt werden kann». Und die Stickstoffemissionen der Landwirtschaft sollen die rechtlichen Limiten nicht überschreiten. Betriebe, die prophylaktisch Antibiotika einsetzen, sollen keine Beiträge erhalten. Der zweite Antrag von Kathrin Bertschy (GLP, BE) will Massnahmen diktieren, falls im Jahr 2030 die Ziele des Aktionsplans verfehlt sind.

FDP sagt jetzt auch Nein

In der WAK haben die FDP-Parlamentarier für einen Gegenvorschlag votiert. Doch laut der NZZ hat die FDP-Fraktion letzte Woche mit zwei Drittel zu einem Drittel die Nein-Parole beschlossen. Damit gibt es wahrscheinlich keine Mehrheit für einen Gegenvorschlag.